

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 335.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Stangepreis für Halle und Bitterfeld 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 7.50 M., halbjährlich 14 M., jährlich 28 M., durch die Post bezogen 30 M., für den Auslandskreis 35 M., außerdem 20 Pf., — Bestellungen am Schluß des redaktionellen Zeits für die Zeit 1912/13, Kuponanträge bei der Expedition in Halle o. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Zweite Ausgabe

Abdruckgebühren für die Schriftsteller, Redakteure oder deren Namen für Halle u. den Umkreis 30 Pf., außerdem 20 Pf., — Bestellungen am Schluß des redaktionellen Zeits für die Zeit 1912/13, Kuponanträge bei der Expedition in Halle o. S. und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Feinsinger Straße Nr. 61/62.
Telephon 155 u. 158; Nebentelephon 172.
Verleger: Dr. Walter Geyersleben in Halle a. S.

Freitag, 19. Juli 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 90.
Telephon Amt Kurier Nr. 6390.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Politischer Bonhott.

Als in den Tagen der Reichsfinanzreform der Sanjah und ins Leben trat, da geschah das mit dem Schlachtrufe: „Kampf gegen die Agrardemagogie!“ Was man sich darunter vorstellen sollte, das verriet die Wüter dieser Bereinigung den Täuflern, die sich zur Gründungsversammlung in Berlin im Zirkus Schumann eingefunden hatten, allerdings nicht, und ebensowenig haben sich diese Außer im Streite wohl darüber Sorgen gemacht, was sich ein sehr bekannter Berliner Lebermillionär gedacht haben mag, als er mit unbedrücktem Wothos in die Arena hineinritt: „Ihr wollt nicht länger auf uns herumkommen lassen!“ Handel, Industrie, Gewerbe wollte man vertreten. Und nicht man sich heute kritisch an, was der Bund in den drei Jahren seines Bestehens geleistet, so kann man nur feststellen, daß einestrafen ist, was ernte Warnen vorausgesetzt haben: Die Stände, die der Bund angegliedert vertritt, haben von den Segnungen seiner Tätigkeit recht wenig zu hören bekommen; er hat verjagt und mußte seiner ganzen Zusammenziehung nach ja auch verjagen, wenn irgend eine dieser Erwerbsstände mit seinen Forderungen und Wünschen an ihn herantrat. Wohl aber er hat sich und Streit hineingetragen in die Reihen des Bürgertums, hat die verschiedenen Berufsstände gegen einander abgehört, und seiner Arbeit ist es vor allem zu danken, daß wir heute — 110 Tage lang — in der Reichsversammlung tagen. Das mag manchen unangenehm zu hören sein, wahr bleibt es deshalb doch.

Wie so manche andere Affären des Sanjahbundes, so hat jetzt auch sein Kampf gegen die „agrarischen Bonhott“ ein recht klägliches Ende genommen. Wer die hochtönen Worte gelesen hat, mit denen dieser unheimliche Streuzug gegen die „bösen Agrarier“, welche ihre politische Macht angeblich rücksichtslos gebrauchten, eingeleitet wurde, und daneben hält, was der Bund vor wenigen Tagen als die Frucht seiner jahrelangen Forschungen auf diesem Gebiete der Öffentlichkeit mitzuteilen mußte, der dürfte eine ganze Weile vor Verblüffung nichts zu sagen gewußt haben. Was ist denn schließlich übriggeblieben? Wenigstens, und dieses wenigstens ist in seiner Zusammenstellung oder noch wie eine Grenzlinie für die, welche es doch verstanden sollte. Wenn der Sanjahbund nichts Besseres gegen die „Agrardemagogie“ zu sagen weiß, so hätte er in seinem ureigenen Interesse besser getan, zu schweigen. Das ist der allgemeine Eindruck, und so ist es denn in der Sanjahbundespresse auch recht still geworden.

Es ist eine eigene Sache um den politischen Bonhott. Vermerkt ist es ohne Frage, wenn jemand nur um seiner politischen Überzeugung willen in seinem Kampfe um das igtliche Brot geschädigt wird. Aber Hand aufs Herz! Wenn ich die Wahl habe, meine Einkünfte in gleicher Höhe und zu gleichen Breiten bei einem politischen Gelingen zu vertrieben oder einem Gelingen meiner Anforderungen zu machen, so werde ich doch wohl zu dem Freuen und Geben dürfen. Das ist noch lange kein Bonhott. Wohl aber ist es, A. Bonhott, wenn sich sozialdemokratische Vereinigungen zumutend und planmäßig durch die in der Liste der Geschäftsleute, die sich ihnen nicht fügen wollen, zur Unternehmung oder zum Ruin treiben. Warum schmeigt der Sanjahbund zu diesem verwerflichen Treiben, unter dem Kleinfachmann und Handwerker gleichmäßig leidet? Auch hat man bislang nichts davon gehört, daß der Sanjahbund seinen noch Freunden, den Schicksalgefolgten von Zagan und Tapan, eine Erinnerung hat aussprechen wollen. Warum sieht man immer nur den Spalter in agrarischen Angelegenheiten und nicht bei Gelegenheiten einmal auch den Balken im Auge seiner Freunde? Oder wehrt man im Bureau des Sanjahbundes von alledem nichts, was man dort nie von den nur zu zahlreichen Fällen liberalen Bonhotts gegen konservative Leute gehört?

Der Kampf gegen den politischen Bonhott an sich ist etwas durchaus Sprechendes und Erfreuliches. Er muß sich dann aber gegen jede die beratige Erfindung richten, nicht aber einseitig gegen einen bestimmten Erwerbsstand, der doch dazu, wie die Sanjahbundesöffentlichung zeigt, ein recht gutes Gewissen hat. Denn sonst kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, der Eitenprediger lege weniger Wert auf eine Besserung der politischen Sitten als — auf eine Besserung der Lage seiner politischen Freunde. Wer jetzt im Glasbauseil, sollte doch lieber nicht mit Steinen werfen, und wir meinen, der Sanjahbund sieht darin.

Die innere türkische Lage.

Rückblicke auf die Kabinettskrisis.

In einem geschichtlichen Ueberblick über die Krise schreibt „Zanin“: Der Marineminister habe demissioniert, weil er fühlte, daß er sich mit Muffkat nicht werde vertragen können; er sei übrigens auch mit den übrigen Ministerkollegen nicht einig gewesen. Die anderen Minister hätten darauf bestanden, daß der Großvezir Said nicht zu-

rücktrete, weil am Tag zuvor die Kammer der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen habe. Die Demission würde als Zugeländnis an die Rebellen angesehen werden. Es verlaute, ein weiteres Motiv des Rücktritts seien Meinungsverschiedenheiten zwischen Said und dem Minister des Innern, der, kürzlich von einer Inspektionsreise nach Albanien zurückgekehrt, sich der Entsendung einer neuen Mission widersetzt habe. Der Rücktritt des Marineministers soll auch mit der albanesischen Frage zusammenhängen.

Die Albaner und die Krisis. — Die Zusammenfassung des neuen Kabinetts.

Die Konstantinopeler Wälder veröffentlichten eine von drei albanischen Deputierten an die Wälder von Gëstion gerichtete Depesche, in welcher die Deputierten die Hoffnung ausdrücken, daß das neue Ministerium nicht das gleiche Schicksal der Gewalttätigkeiten werden werde. Die Deputierten bitten, den mörderischen Druck nicht fortzusetzen. — Die Wälder haben hervor, daß der Sturz des Kabinetts am Tage nach der Annahme des Resolutionsentwurfs bewirkt, daß die Kammer allein das Ministerium nicht zu bilden vermöge. Die jungtürkische Partei verlangt die Neubildung des Kabinetts Said in der alten Zusammenfassung. Ein anderes Kabinet ist unmöglich. „Nisban“ dagegen sieht die einzig mögliche Lösung der Krisis in der Bildung eines Kabinetts, das vollständig außerhalb der jungtürkischen Partei liege, in einer Aufspaltung der Kammer und in der Vornahme von Neuwahlen.

Warum Muffkat nicht Kriegsminister wurde.

Ueber die Bedingungen, die Mahmud Muffkat an die Uebernahme des Kriegspostens stellte, laufen verschiedene Gerüchte um. Nach einer glaubwürdigen Versicherung verlangte Muffkat die Aufhebung des Belagerungszustandes, eine allgemeine Amnestie, die sich auch auf die Albanerdes sowie Würdenträger des alten Regimes erstrecken sollte und die Zurückziehung der in Albanien befindlichen Expeditionstruppen. Der Ministerrat soll den Bedingungen Muffkats antwortend günstig geantwortet gegenüberstanden haben, später erschienen jedoch im Schoße des Ministerrats Meinungsverschiedenheiten, die die Ernennung in Frage stellten. Schließlich mußte das Kabinet demissionieren.

Bulgarisches Randemeehen.

Wie einige Wälder melden, ist die Post in der Umgebung von Kiritzsch von einer bulgarischen Bande angegriffen worden. Zwei Passagiere wurden getötet, 800 türkische Frauen fielen in die Hände der Angreifer.

Deutsches Reich.

* Von des Kaisers Nordlandfahrt. Aus Valesstrand wird gemeldet: Seine Majestät der Kaiser arbeitete am Donnerstag früh allein und machte dann vormittags einen Spaziergang an Land. Nachmittag erfolgte eine Fahrt mit dem „Leipziger“ nach Braunschweig, wo im nächsten Jahre die Aufstellung der Trieststation stattfinden soll.

* Keine Deutschen in Marokko ermorde. Das Marokkoministerium hat in Marokko telegraphisch die „Sächsischen Zeitung“ die Gebirge Mannesmann drachten aus Langer, daß die Meldungen der französischen und englischen Zeitungen über Ermordung unserer Angestellten in Tetuan auf Irrtum beruhe. Sämtliche Mitglieder der Mannesmann-Expedition sind wohl und niemals bedroht worden.

* Flugblatt des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie. Die unter Arbeiterkreisen sich verbreitende Massenampfpolitik der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften schadet ein früherer Arbeiter, der selbst unter dem Zerorismus der „Genossen“ immer gelitten hat, in einem Flugblatt des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, das den Titel führt: „Sozialdemokratie und Verführung der Arbeiter“.

* Die Ablieferung des „König Albert“ um drei Monate verzögert. Tugend ein Sozialdemokrat hat den „Vorwärts“ durch großen Vertrauensbruch in die von ihm gewissenlos ausgenutzte Lage verlegt, ein Schreiben der Firma Schöden an das Reichsministerium zu veröffentlichen, in dem die Firma mittelst, daß es ihr nicht möglich sei, mehr als zwei Monate der durch den Streik verlorenen Zeit wieder einzulösen, so daß die Ablieferung des Rindfleischs S. M. S. „König Albert“ in Juli 1913 erfolgen wird. Wir haben es hier also, so bemerken hierzu die „B. M. N.“, mit einer schweren Schädigung der Interessen der Landesverteidigung zu tun, die die gelegentlich sich von uns angeregte Frage von neuem zur Erwägung stellt, ob solche Arbeitseinstellungen nicht gesehlich zu verbieten seien. Bemerkenswert sind noch folgende Sätze in dem Schreiben:

„Doch mehr durch die Verhehlung nach der Beendigung des Streiks (im Jahre 1911) die Leistungsfähigkeit der Reichswehr erheblich heruntergesetzt. Außerdem kommt hinzu, daß vor und nach dem neuntagigen Streik im März d. J. die Verringerung der Leistungsfähigkeit der Reichswehr sich besonders bei „König Albert“ bemerkbar machte.“

Diese Sätze bestätigen von neuem, daß die Arbeiterhaft sich mehr und mehr der hydrofaktischen Kampfesweise der passiven Resistenz zu bedienen pflegt.

* Die Verlesensnahmen deutscher Eisenbahnen für Juni 1912 betragen, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, nach der im

Reichseisenbahnamt aufgestellten Uebersicht: für den Personenverkehr im Ganzen 82 281 807 M., gegen das Vorjahr im Ganzen minus 5 162 113 M.; für den Güterverkehr im Ganzen 154 614 439 M., gegen das Vorjahr im Ganzen plus 13 726 145 M. Bei den Wälderentnahmen des Monats aus dem Personenverkehr kommt in Betracht, daß das Fringifest 1911 in den Juni, 1912 in den Mai fiel.

Ausland.

Die russisch-japanische Entente.

Das Neueste Bureau meldet aus Tokio: Die Petersburger Nachrichten von einem demnächst zu erwartenden Abschluß eines Bündnisses zwischen Rußland und Japan sind ungenau. Von autoritativer Seite wird erklärt, daß keinerlei Verhandlungen nach dieser Richtung hin stattgefunden haben und nichts derartiges geplant sei. Die Europäerseite des Fürsten Kautiza stehe mit keinem spezifisch politischen Auftrag in Verbindung. Es sei jedoch richtig, daß sehr wichtige Communiqués zwischen den Regierungen Rußlands und Japans geschwieft worden seien, die die Abmachungen von 1907 und 1910 ergäßen. Es handle sich dabei um die Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären, und zwar der russischen in der äußeren Mongolei und in der nördlichen Mandschurie und der japanischen in der inneren Mongolei und in der südlichen Mandschurie. Innerer innerer Mongolei ist derjenige Teil der Mongolei zu verstehen, der früher so bezeichnet wurde. Die Communiqués, die durch die Revolution in China und die späteren Einleitungsverhandlungen notwendig geworden seien, hätten eine klare Verabredung der beiden Mächte über die ägyptische Frage ergeben und eine Entente von größter Wichtigkeit für die Erhaltung des Friedens im fernem Osten gestiftet. Für das englisch-japanische Bündnis sei sie nur in zweiter Linie von Bedeutung.

Der englische Ergänzungsklottenet

ist am Donnerstag veröffentlicht worden und wird am Montag im Unterhaus zur Vorrede gelangen. 99 000 Mann Sterling sind darin vorgesehelt für eine Vermehrung des Royal Naval Reserve um 15 000 Mann. Im Ergänzungsklottenet sind außerdem vorgesehelt 296 000 Mann Sterling für Schiffsbauten, 315 000 für Schiffsmaschinen, 54 000 für Geschütze, 97 000 für Munition und 20 000 für die Anschaffung von Luftschiffen. Der Rest ist für Röhren, Proviant usw. bestimmt. Eine Erklärung über den Ergänzungsklottenet nicht angeht, auch Angaben über die Art der Ergänzungsklottenet sind nicht darin enthalten.

Der italienisch-türkische Krieg.

Pariser Zeitungen sprechen nach wie vor mit aller Bestimmtheit von einem bevorstehenden Waffenstillstand. Die politischen Kreise Frankreichs verhalten sich gegen diese Nachricht reserviert.

Die Panamakanalbill.

Im Senat ist Washington wurde die Beratung über die Panamakanalbill fortgesetzt. Senator Lodge legte, er habe die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten angehört, die über den Panamakanal-Vertrag Bericht erstattet hat. Er sei damals der Meinung gewesen, daß der Vertrag den Vereinigten Staaten die Freiheit die, ihre eigenen Handelsverträge durch den Kanal zu regulieren, und er sei auch heute noch der Ansicht, daß die Vereinigten Staaten nicht unter die Nationen einbezogen seien, die nach dem Vertrag gleichmäßig zu behandeln waren. Die Ueberzeugung des Streitfalls an das hiesige Schiedsgericht könnte dadurch vermieden werden, daß die Regierung die Gebühren für die amerikanischen Schiffe gable. Wie die Entscheidung im Senat ausfallen werde, sei kaum zweifelhaft. Auf die Zwischenfrage eines Senats, ob Amerika verlieren werde, antwortete Lodge: Ohne Frage.

Eine Meldung aus Melbourne befragt: Das Abgeordnetenhaus hat einstimmig einen Antrag angenommen, in dem erklärt wird, daß jedes System, nach welchem den amerikanischen Schiffen, die den Panamakanal benutzen, eine Vergütung oder Ermäßigung der den australischen Interessen schädlich sein würde. Premierminister A. Fisher erklärte im Laufe der Ueberlegung, er hoffe, daß die Angelegenheit bald freundlich beigelegt sein werde.

Im Auftrage der britischen Regierung überreichte Volschaffner A. Mitchell-James in Washington dem Staatssekretär Anog einen formellen Protest gegen die Panamakanal-Bill. Anog wird den Protest sofort Zeit zugehen lassen, der ihn wahrscheinlich dem Kongreß mit einer besonderen Volschaff überreichen wird.

Bei Reaktionsstich wird uns noch aus New York gedruckt: Nach Wälderentnahmen aus Washington werden die Vereinigten Staaten die britische Auslegung des Panamakanal-Vertrages annehmen, wonach amerikanische wie fremde Schiffe die gleichen Kanalgebühren zu zahlen haben. Die vorgeschlagene Verhandlung im Senat habe bewiesen, daß dieser bald mit überwältigender Mehrheit für die strenge Prohabung des Vertrages stimmen werde.

